

Nr. 10/08 vom 26.06.2008

IEKP – alle Ziele erreicht?

Berlin.. Kurz nach der Verabschiedung des 2. Pakets des Integrierten Energie- und Klimaprogramms (IEKP) durch das Bundeskabinett waren die beschlossenen Maßnahmen Gegenstand der Debatte im Arbeitskreis Zukunftsenergien des Forum für Zukunftsenergien. Verschiedene Experten bewerteten unterschiedliche thematische Schwerpunkte des IEKPs aus ihrer Sicht und legten so die Grundlage für weitere Diskussionen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Harald Uphoff, stellvertretender Geschäftsführer des Bundesverbandes Erneuerbarer Energien (BEE), bewertete die beschlossenen Maßnahmen im Strombereich, wozu u.a. die EEG-Novelle und das Energieleitungsausbaugesetz gehören.

Die Novelle des EEG mache den Weg frei für ein weiteres Wachstum der Erneuerbaren Energien in Deutschland. Der Verband sei zufrieden mit den Vergütungssätzen für Windenergie, Wasserkraft und Bioenergie. Auch in der Photovoltaik-Branche sei die Gefahr eines Markteinbruchs gebannt, allerdings würden die neuen EEG-Regelungen zu einem harten Innovationsdruck führen. Statt einer Verordnungsermächtigung für Maßnahmen zur Verstetigung und besseren Systemintegration schlägt der BEE einen Integrationsbonus für die Kombination von Windkraft mit anderen Erneuerbaren Energien, großen Verbrauchern und Speichern vor.

Der fehlende Netzausbau sei die entscheidende Hürde für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der BEE begrüßt deshalb eine bundesweite verbindliche Netzplanung. Netzengpässe bestünden vor allem im Verteilungsnetzbereich (110 kV), deshalb gingen Erdkabelprojekte im Höchstspannungsnetz (380 kV) am eigentlichen Bedarf vorbei. Zudem seien 110 kV-Erdkabel kaum teurer als Freileitungen.

Die Maßnahmen zum Wärmebereich, also die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG) und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes bewertete Werner R. Lutsch (Geschäftsführer AGFW e.V.). Sein Verband begrüßt die Initiative der Bundesregierung ausdrücklich. Beide Gesetze sowie das Marktanreizprogramm seien für die Branche, die der AGFW nahezu vollständig vertrete, sehr positiv und die richtigen Signale. Sie entsprächen weitestgehend den Anforderungen und Erwartungen der Wärme-, Kälte- und KWK-Branche. Durch die Gesetze werde verdeutlicht, dass Energieeffizienz und damit Kraft-Wärme-Kopplung in Kombination mit Nah- und Fernwärme an erster Stelle der Energie- und Klimapolitik stünde.

Die zum Verkehrsbereich beschlossenen Maßnahmen des IEKP umfassen insbesondere den Ausbau von Biokraftstoffen (Biomassenachhaltigkeits-

verordnung, Novelle des Biokraftstoffquotengesetzes, Novelle der Kraftstoffqualitätsverordnung), die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis, die Verbrauchskennzeichnung für Pkw und die Weiterentwicklung der Lkw-Maut. Diese beurteilte Dr. Monica Müller, Leiterin des ADAC Präsidialbüros in Berlin aus der Sicht ihres Verbandes. Der ADAC betrachtet die Ziele der Bundesregierung zum Ausbau von Biokraftstoffen zum jetzigen Zeitpunkt skeptisch. Aus Verbrauchersicht seien zunächst verschiedene Anforderungen zu erfüllen. Zu ihnen gehören der Nachweis der ökologischen Vorteile und der Unterbindung negativer ökologischer und sozialer Auswirkungen. Es dürften keine direkten oder indirekten Flächenkonkurrenzen zur Nahrungsmittelproduktion entstehen. Außerdem müssten die Biokraftstoffe technisch verträglich sein und sie dürften schließlich nicht zu einer unangemessenen Verteuerung der Mobilität führen.

Die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis stieße auf eine weitgehende Akzeptanz. Trotz eines breiten Konsens müsste man zur Kenntnis nehmen, dass die politische Umsetzung schwierig sei.

Aus Sicht der Verbraucher sei die Verbrauchskennzeichnung für Pkw eine sehr große und sinnvolle Hilfe bei der Kaufentscheidung. Dr. Müller forderte in diesem Zusammenhang die Zuordnung zu Effizienzklassen A – G auf einer relativen Skala – ähnlich wie z.B. die Effizienzklassen von Kühlschränken gekennzeichnet werden.

Ebenfalls die Sicht der Verbraucher vertrat Dr. Holger Krawinkel (Fachbereichsleiter Bauen/Energie/Umwelt, Verbraucherzentrale Bundesverband). Er präsentierte seine Einschätzung der IEKP-Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz, zu denen u.a. das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, die Novelle des Energieeinsparungsgesetzes und -verordnung, und die Verordnung zu Strom- und Gaszählern (Smart Metering) gehören.

Nach Ansicht des Verbraucherzentrale Bundesverbandes findet die Energieeffizienz im IEKP nicht genügend Beachtung. Das Grundproblem sei ein Investitionsstau: Zwar trügen energieeffiziente Zusatzmaßnahmen am Gebäude, wie eine spezielle Wärmedämmung, sich über die eingesparten Heizkosten selbst, jedoch setzten sie normale Sanierungen von Gebäuden voraus. Diese kosteten drei bis viermal so viel. Um den Investitionsstau im Gebäudebereich zu beseitigen, fordert der Verbraucherzentrale Bundesverband ein Förderprogramm von mind. 10 Milliarden Euro jährlich.

Mit Blick auf die EnEV-Novelle forderte Dr. Krawinkel, dass diese zum Einsatz der zum Bau- bzw. Modernisierungszeitpunkt besten verfügbaren Technik (BAT) führen sollte, welche sich wirtschaftlich umsetzen lässt. Darüber hinaus müssten die Bau-Fachleute über ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen. Schließlich müsse die Transparenz und Vergleichbarkeit der Gebäudequalität durch qualitativ hochwertige Energiebedarfsausweise sichergestellt werden.

Smart Meter könnten beim Stromsparen helfen, allerdings nur dann, wenn damit auch ein verbessertes Feedback verbunden sei. Dieses sollte nach Ansicht Dr. Krawinkels gesetzlich verankert werden. Ein Pflicht zum Einsatz von Smart Metering lehnte er jedoch ab.

Die Statements bildeten die Grundlage für die Podiumsdiskussion mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Hans-Josef Fell (Bündnis 90 / Die Grünen), Gudrun Kopp (FDP) und Dr. Joachim Pfeiffer (CDU /CSU) debattierten unter der Moderation des Vorsitzenden des Arbeitskreises

Zukunftsenergien Dr. Frank-Michael Baumann (Geschäftsführer, EnergieAgentur.NRW).

Die [Vorträge](#) stehen auf der Homepage des Forum für Zukunftsenergien zum Download bereit.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Im Rahmen des Arbeitskreises Zukunftsenergien findet die Auseinandersetzung mit aktuellen energiepolitischen Themen im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen statt.

Kontakt:

Katja Freitag
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de